

## Beschluss (vorläufig) Für einen sicheren Wahlkampf 2026: Senat und Parteien müssen jetzt handeln

Gremium: Landesausschuss  
Beschlussdatum: 01.10.2025  
Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

### Antragstext

1 Angepöbelt und beleidigt, während man Plakate aufhängt. Angespuckt, mit Eiern  
2 beworfen, ins Gesicht geschlagen und mit Mord gedroht, nur weil man Flyer  
3 verteilt. Reifen zerstochen, Parteibüros beschmiert und Wahlplakate systematisch  
4 zerstört. Das war der Alltag vieler Kandidierender und ehrenamtlicher  
5 Wahlhelfer:innen während des Bundestagswahlkampf 2025 in Berlin. Bereits  
6 zweieinhalb Wochen vor der Wahl zählte das Landeskriminalamt [251 solcher](#)  
7 [Straftaten](#).

8 Diese besorgniserregende Entwicklung darf uns 2026 nicht unvorbereitet treffen.  
9 Mit Blick auf die Abgeordnetenhaus- und Bezirkswahlen braucht es wirksame  
10 Schutzmechanismen, um eine Verrohung und die Einschüchterung engagierter  
11 Politiker:innen und Parteimitglieder zu stoppen.

12 Ein erster Schritt wäre ein klares Signal der Parteien selbst: BÜNDNIS 90/DIE  
13 GRÜNEN setzen sich deshalb dafür ein, mit den anderen Parteien einen Fairness-  
14 Kodex für den Wahlkampf 2026 zu vereinbaren. Dieser soll verbindliche Grundsätze  
15 festschreiben, wie beispielsweise ein respektvoller Umgang miteinander und den  
16 Verzicht auf Diffamierungen politischer Mitbewerber:innen.

17 Außerdem fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Innensenatorin Iris Spranger und die  
18 Justizsenatorin Dr. Felor Badenberger auf, politisch motivierter Kriminalität  
19 (PMK) gegen Amts- und Mandatstragende sowie Parteirepräsentierende wirkungsvoll  
20 entgegenzutreten. Um das Fundament unserer Demokratie zu schützen, müssen die  
21 Berliner Strafverfolgungsbehörden ihre Bekämpfung verstärken und die zuständigen  
22 Behörden entsprechend ausstatten. Dazu gehören unter anderem bessere Erfassungs-  
23 und Auswertungsstrukturen sowie spezialisierte Ermittlungskapazitäten.

24 Die Innensenatorin trägt eine besondere Verantwortung: Die zwei bei der  
25 Landeskommission gegen Gewalt eingerichteten Fonds gegen Hassgewalt und für  
26 Schutzräume müssen verstetigt und ausgebaut werden. Zum Thema politisch  
27 motivierte Gewalt gegen Amts- und Mandatstragende sowie Parteirepräsentierende  
28 soll sie einen konkreten Maßnahmenplan bei der Ständigen Konferenz der  
29 Innenminister und -senatoren im Dezember 2025 vorlegen. Dieser soll u.a. die  
30 gezielte Einschüchterung von Politiker:innen aller Ebenen und von ehrenamtlichen  
31 Parteimitgliedern, bspw. durch unterschwellige Übergriffe auf den Privatbereich,  
32 sowie strafrechtliche Schutzlücken adressieren. Zudem fordern wir die  
33 Innensenatorin auf, sich für die Einberufung eines Bund-Länder-Sicherheitsgipfels  
34 stark zu machen.

35 Berlin muss jetzt mit klaren, verbindlichen Vorschlägen für Prävention,  
36 Strafverfolgung und Polizeiausstattung vorangehen, um gemeinsam mit den anderen  
37 Ländern wirksame Schutzmaßnahmen umzusetzen. Jede Verzögerung gefährdet die  
38 Sicherheit derer, die sich für unsere Demokratie einsetzen.

39 Jede Verzögerung gefährdet die Sicherheit derer, die sich für unsere Demokratie  
40 einsetzen.